

CENTRUM FÜR ANGEWANDTE POLITIKFORSCHUNG  
BERTELSMANN FORSCHUNGSGRUPPE POLITIK  
Maria-Theresia-Str. 21  
D-81675 München  
Tel. -49-89-2180-1316  
Fax -49-89-2180-1329

## **Eliten, Mobilisierungsmuster und Transitionspfade in Serbien**

Vorabdruck aus: *Südosteuropa*, Jg. 49, Heft 10 (2000)  
WIM VAN MEURS, MARTIN BRUSIS

Oktober 2000

Dieses Papier entstand im Kontext eines gemeinsamen  
Südosteuropa-Projektes der Bertelsmann Stiftung und der  
Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für  
Angewandte Politikforschung, Universität München.

## Nach dem Umsturz in Belgrad

Die Demonstration vom 5.10.2000, die mit der Eroberung des Bundesparlaments den Machtwechsel in Serbien einleitete, unterschied sich von den früheren Demonstrationen der Oppositionsparteien darin, daß wesentlich mehr Protestierende aus der Provinz nach Belgrad gekommen waren und dadurch die ganze serbische Bevölkerung physisch wie symbolisch repräsentiert war. Die Demonstration zeigte den Exponenten des Milošević-Regimes, daß es der Opposition nicht nur gelungen war, ihre internen Streitigkeiten zu überwinden, sondern auch aus ihrem engen, urban-intellektuellen Anhängermilieu auszubrechen und weite Kreise der Bevölkerung für sich zu mobilisieren. Nur die Öffnung zur Gesellschaft vermochte das für einen Systemwechsel notwendige Momentum zu erzeugen. Wie weit die entstandene Protestbewegung trägt, wird sich herausstellen, wenn der neugewählte jugoslawische Präsident Vojislav Koštunica und die Führungspersönlichkeiten der Opposition in den nächsten Wochen und Monaten Antworten auf die strukturellen Probleme Serbiens geben müssen. Zu diesen gehören die Sicherung der Energie- und Nahrungsmittelversorgung im kommenden Winter, die Erneuerung der kriegszerstörten Infrastruktur, die (Wieder-) Herstellung der Marktwirtschaft, die Neugestaltung der Beziehungen mit Montenegro sowie mit den „Entitäten“ Kosovo, Vojvodina und Republika Srpska. Vor allem die heiklen Themen im Schnittpunkt von serbischem Nationsverständnis und jugoslawisch-serbischer Staatsorganisation bilden Sprengstoff für den Zerfall der Oppositionsallianz und der sie tragenden Massenbewegung, zumal vor dem Hintergrund der bevorstehenden konfliktreichen ökonomischen Transformation und der erneut notwendigen Wahlen zum serbischen Parlament.

Der Wechsel im jugoslawischen Präsidentenamt stellt insofern nur den Anfang eines viel umfassenderen Demokratisierungs- und Transformationsprozesses dar, in dessen Verlauf demokratische Verfahren und Institutionen konsolidiert, eine Zivilgesellschaft verankert, eine funktionierende Marktwirtschaft geschaffen und dauerhafte Lösungen für die staatliche Organisation Serbiens bzw. der Bundesrepublik Jugoslawien (SRJ) sowie für das Verhältnis dieses Staates zu den ethnisch serbischen Minderheiten in den Nachbarländern („die Serbische Frage“) gefunden werden müssen. Der folgende Essay versucht die Optionen zur Bewältigung dieser „strategischen Aufgaben“ zu ermitteln. Dazu rekapituliert er zunächst die Wahlergebnisse, analysiert dann die in der serbischen Gesellschaft existierenden Elitengruppen sowie ihre ideologischen und sozialstrukturellen Bindungen, setzt diese zu den möglichen Varianten eines Systemwechsels in Beziehung und versucht schließlich, ihre Lösungsansätze für die zu bewältigenden Aufgaben zu antizipieren. Mobilisierungsmuster und Transitionspfade werden dabei in einer vergleichenden Perspektive betrachtet, die sowohl Erfahrungen der Transformationsforschung als auch der in Südosteuropa erfolgten Systemwechsel einbezieht.<sup>1</sup> Dieser Verfahrensweise liegt die durchaus nicht unprovokative Annahme

---

<sup>1</sup> Zu den besonders relevanten Beiträgen gehören: Beyme, Klaus v.; Offe, Claus (Hg.): *Politische Theorien in der Ära der Transformation*, PVS Sonderheft 26/1995, Opladen 1996; Diamandouros, P. Nikiforos; F. Stephen Larrabee: *Democratization in Southeastern Europe: Theoretical Considerations and Evolving Trends*. Instituto Juan March de Estudios e Investigaciones Working

zu Grunde, daß der serbische Übergang zur Demokratie mehr Ähnlichkeiten mit den südosteuropäischen Nachbarländern aufweist als die Beschäftigung mit der serbischen Nationalmythologie, Serbiens Hegemonieinteressen im jugoslawischen Raum und seiner Aggressorrolle beim Zerfall Jugoslawiens suggerieren mag.

## Die Wahlen am 24. September 2000

Nach den meisten Meinungsumfragen vor dem Wahltag lag der Oppositionskandidat für die Präsidentschaft, Vojislav Koštunica, mit einem Abstand von etwa 20 Prozentpunkten deutlich in Führung gegenüber dem Amtsinhaber Slobodan Milošević. Am Wahlabend wurde der Abstand von 20% durch parallele Auszählungen des Zentrums für Freie Wahlen und Demokratie (CeSID) bestätigt, nach denen Koštunica 56% und Milošević 34% erreicht hatten.<sup>2</sup>

Die Abstimmungsergebnisse der Wahlen zum jugoslawischen Parlament korrespondierten stark mit den Ergebnissen der Präsidentschaftswahl. Wie die nachfolgend aufgeführten Abstimmungsergebnisse zeigen, waren die Stimmenanteile für Koštunica und das Oppositionsbündnis „Demokratische Opposition Serbiens“ (DOS) fast gleich, selbiges gilt für Milošević und die Koalition aus der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS) und der Vereinigten Jugoslawischen Linken (JUL). Die Wahlergebnisse belegen eine deutliche Polarisierung der Wähler zugunsten der DOS oder der SPS/JUL. Es ist bemerkenswert, daß sowohl Vojislav Šešelj's Serbische Radikale Partei (SRS) und ihr Präsidentschaftskandidat Tomislav Nikolic, als auch die Serbische Erneuerungsbewegung von Vuk Drašković (SPO) und deren Kandidat Mihajlović aufgrund dieser Polarisierung ins Abseits gedrängt wurden.

### Präsidentschaftswahlen in der Bundesrepublik Jugoslawien: Stimmenanteile in Prozent

	Meinungsumfrage (15.9.)	Bundeswahl- kommission (28.9.)	CeSID parallele Auszählungen (26.9.)
Nikolić	9,0	5,79	6,25
Milošević	29,5	38,62	35,01
Mihajlović	5,1	2,90	3,11
Koštunica	56,4	48,96	54,66
Vidojković (unabh.)	-	0,92	0,97

Quelle: Meinungsumfrage des National Democratic Institute for International Affairs, auf Basis der geschätzten Wahlbeteiligung rekalkuliert; Wahlergebnisse in: Danas 27.9.00; 28.9.00; 29.9.00.

Paper No. 129, Madrid 1999; Linz, Juan J.; Stepan, Alfred: *Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America and Post-Communist Europe*. Baltimore 1996. Merkel, Wolfgang; Hans-Jürgen Puhle: *Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade*. Opladen 1999. O'Donnell, Guillermo; Philippe Schmitter: *Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*. Baltimore 1991 [1986]. Przeworski, Adam et al.: *Sustainable Democracy*, Cambridge 1996.

<sup>2</sup> Danas 25.10.00. In: <http://www.danasnews.com>

Während die Projektionen aus den Umfragen vor der Wahl mit den parallelen Auszählungen übereinstimmen und Koštunica ohne Stichwahl zum neuen Präsidenten machen, fiel das von der Bundeswahlkommission am 28.9. verkündete Endergebnis um acht Prozent niedriger aus, was bedeutete, daß Koštunica die absolute Mehrheit verfehlt hatte. Daher rief die Kommission zu einem zweiten Wahlgang am 8. Oktober auf. Die DOS-Vertreter stellten jedoch die Korrektheit der Wahlergebnisse in Frage. Sie lehnten die Abhaltung eines zweiten Wahlgangs ab und forderten die Anerkennung des Wahlsieges von Koštunica. Die Experten der Opposition konnten mehrere widersprüchliche Zahlenangaben der Kommission aufdecken, woraufhin die DOS am 30.9. beim Jugoslawischen Verfassungsgericht beantragte, die besonders dubiosen Wahlergebnisse aus dem Kosovo annullieren zu lassen. Nach der eindrucksvollen Massendemonstration und der Erstürmung des Bundesparlaments kam das Verfassungsgericht dem Antrag nach und erkannte den Wahlsieg Koštunicas am 7.10. an.

Offiziell hat die Bundesrepublik Jugoslawien 7,9 Millionen registrierte Wähler, davon 7,4 Millionen in Serbien (inklusive Kosovo) und 444000 in Montenegro. Neben dem Präsidenten wählten die Bürger auch die Bundesversammlung, die Stadt- und Gemeinderäte sowie in der Autonomen Provinz Vojvodina das Provinzparlament. Im folgenden werden nur kurz die Ergebnisse der Wahlen zum Bundesparlament dargestellt. Die Bundesversammlung besteht aus zwei Kammern: die Bürgerkammer hat 138 Mitglieder, wovon 60 auf vier Jahre in Ein-Personen-Wahlkreisen gewählt werden und 78 auf der Grundlage proportionaler Repräsentation, 108 Mitglieder werden von Serbien und 30 von Montenegro gewählt. Die Republikkammer besteht aus je 20 Abgeordneten der Republik Serbien und der Republik Montenegro, die nach der von Milošević abrupt durchgesetzten Verfassungsänderung vom Juli 2000 ebenso wie der Präsident direkt von den Bürgern gewählt werden. Wegen der gegen ihren Willen erfolgten Verfassungsänderung hatte die reformorientierte montenegrinische Regierung zum Boykott der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen aufgerufen, der auch von 75 Prozent der montenegrinischen Bürger befolgt wurde.

### **Parlamentswahlen in der Bundesrepublik Jugoslawien: Sitzverteilung**

	Bürgerkammer Bundeswahlkommission (28.9.)	Republikkammer CeSID (26.9.)
DOS	55	10
SPS/JUL	46	7
SPO	-	1
SRS	4	2
SNP	28	20
Andere	4	-

Quelle: Danas 29.9.00; Cirić, Aleksandar: Serbia After Elections: „Disagreement“ Only About the President, 30.9.00. In: www.aimpress.org. SNP = Sozialistische Volkspartei Montenegros, die Schwesterpartei der SPS.

Vor den Wahlen hatte das Milošević-Regime weitaus härtere Formen und Mittel der Repression eingesetzt als je zuvor. Die Gewaltmaßnahmen gegenüber politischen Gegnern, Medien und Studenten zeigten im Nachhinein, wie sehr bereits die anderen Stützen seiner Macht wankten. Zu diesen Machtressourcen gehörten:

1. Der serbische Nationalismus;
2. die klientelistischen, eng mit der Politik verflochtenen Wirtschaftsstrukturen infolge der Kriegswirtschaft und der stagnierenden ökonomischen Transformation;
3. die Machtlosigkeit und Uneinigkeit der Opposition.

Alle drei Schlüsselressourcen waren seit längerem Erosionsprozessen ausgesetzt:

1. Trotz aller Umdeutungsversuche des Regimes erlebten die meisten Serben den Einzug der UN in das Kosovo als Niederlage Serbiens und als Aufgabe serbischer Souveränität über die „Wiege der Nation“. Milošević mußte sich dafür rechtfertigen und war zugleich mit einem Gegenkandidaten konfrontiert, der sich selbst als Vertreter des serbischen Nationalismus verstand und präsentierte, folglich nur schwerlich als Marionette des Westens, als nationaler Verräter oder als auf der Gehaltsliste der CIA stehend verdächtig werden konnte.
2. In früheren Wahlgängen hatten JUL und SPS es geschafft, sowohl die Verlierer als auch die Gewinner der unvollständigen ökonomischen Transformation anzuziehen. Das Regime stand nicht nur für jene, die fürchteten, ihren Lebensunterhalt zu verlieren, falls eine reformorientierte Regierung die Macht übernehme, sondern auch für jene, die auf dem Schwarzmarkt, durch die Nomenklatura-Privatisierung oder als Anhänger Miloševićs bereits reich geworden waren. Die massiven Stimmenverluste bei den Wahlen zeigten, daß die Transformationsverlierer die Verantwortung für die soziale und ökonomische Notlage Milošević zuschrieben und auch viele Gewinner ihre Loyalität aufkündigten.
3. Einen entscheidenden Fehler beging Milošević, als er die Kohäsion des im Januar 2000 neugegründeten DOS-Oppositionsbündnisses aus 18 Parteien unterschätzte. Insbesondere die Bereitschaft Zoran Djindjićs, den Meinungsumfragen Beachtung zu schenken und Koštunica als den einzigen Kandidaten zu akzeptieren, war für den Erfolg der DOS entscheidend. Einmal von allen 18 Parteien angenommen, wuchs Koštunicas Popularität, die vormals weit unter der Miloševićs gelegen hatte, auf spektakuläre Weise.<sup>3</sup>

Neben den Oppositionsparteien hatte die Studentenbewegung „Otpor“ (Widerstand) wesentlichen Anteil am Sturz des Milošević-Regimes. Als die Massenbeteiligung an den von den offiziellen Oppositionsparteien organisierten, regelmäßigen Demonstrationen zum Jahreswechsel 1999/2000 zurückging, schaffte es Otpor, den Protesten neues Leben einzuhauchen. Otpor gelang es, durch unkonventionelle Protestformen und parodierende, treffende Symbolik und Sprache das Regime in seinem ganzen Anachronismus zu desavouieren. Die Studentenbewegung hat kein umfassendes politisches Programm und keine feste Führung oder politische Kandidaten. Spontaneität und eine amorphe Führungsstruktur machten Otpor zu einem schwierigen Widersacher für das Regime, das die Bewegung mit seinen

---

<sup>3</sup> Vgl. die Entwicklung der Popularitätswerte beider Politiker in den Umfragen des Center for Political Studies and Public Opinion Research, in: <http://www.cpijm.org.yu/>.

Standardtechniken der Repression nicht zum Schweigen bringen konnte. Die Otpor-Führung, Belgrader Studenten in ihren frühen Zwanzigern, repräsentiert eine andere Generation als die Oppositionsführung, die sich zumeist aus Männern um die Fünfzig mit Hochschulabschluß zusammensetzt, die ihre politische Sozialisation in den vergleichsweise liberalen 60er und 70er Jahren erlebten.

## Das Milošević -Regime und die Gegeneliten

Der Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft war in Serbien mit wesentlich größeren Schwierigkeiten behaftet als in den ostmitteleuropäischen Ländern. Zum einen überlagerten der Zerfall der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und die kriegsförmigen Neubildungen ethnischer Nationalstaaten auf ihrem Territorium das für alle postsozialistischen Länder typische Dilemma der Gleichzeitigkeit von Demokratisierung und Übergang zu Marktwirtschaft. Zum anderen war die gesamte südosteuropäische Region traditionell durch wirtschafts- und sozialstrukturelle Entwicklungsrückstände gegenüber den ostmitteleuropäischen Staaten gekennzeichnet. Der sozialistische Modernisierungsversuch hat diese Rückständigkeit nicht ausgeglichen. Infolge der Kriege, der ausbleibenden Wirtschaftsreformen, der Staatskrisen (vor allem in Albanien) und der politischen Instabilitäten vergrößerten sich die Entwicklungsdisparitäten im zurückliegenden Jahrzehnt noch.

Die Erklärung für die verspätete politische Demokratisierung und ökonomische Transformation in Serbien und der SRJ ist darin zu suchen, daß das Milošević -Regime bis zur Niederlage im Kosovo-Krieg die Unterstützung erheblicher Teile der serbischen Bevölkerung genoß. Indem Milošević und die Sozialistische Partei Serbiens (SPS) die Staatskontrolle in der Wirtschaft beibehielten und die egalitär-kollektivistischen Traditionen des sozialistischen Jugoslawiens fortführten, vertraten sie die Interessen wesentlicher gesellschaftlicher Gruppen. Obwohl das Regime die Wahlen manipulierte, Opposition und freie Medien schikanierte, belegten die Ergebnisse der Parlamentswahlen 1993, der Kommunalwahlen 1996 und der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1997, daß Milošević über einen stabilen Rückhalt in der Bevölkerung verfügte.

Das Milošević -Regime hatte jedoch kein Monopol, was die Instrumentalisierung und Deutung des serbischen Nationalismus anbelangte. Die verlorenen Kriege, die Flucht und Vertreibung ethnisch serbischer Minderheiten aus Kroatien und dem Kosovo sowie der drohende endgültige Zerfall der serbisch dominierten Föderation stellten Milošević s Anspruch als „Retter der serbischen Nation“ und damit eine zentrale Legitimationsgrundlage seiner Herrschaft in Frage. Sie boten der Opposition eine Gelegenheit, die bislang vom Regime dominierten Staats- und Nationsdiskurse umzudeuten und konkurrierende Interpretationen vorzuschlagen: Eine serbische Nation als Opfer der Milošević -Diktatur, ein Großserbien, ein ethnisch homogener serbischer Nationalstaat ohne Montenegro und Kosovo, eine europäische serbische Nation. Nationale Diskurse wurden somit nicht nur von der sozialistischen Elite instrumentalisiert, sondern auch gegen sie eingesetzt.<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> Vgl. zu diesen Gegendiskursen: olovi , Ivan. 1997. "Serbien ist erwacht. Macht Kaffee!". In: *Transit* 13 S. 114-121; vgl. für das hier zugrundeliegende Nationalismusverständnis vgl. Brubaker,

Insgesamt sind prinzipiell anti-nationalistische Positionen eine Rarität in der serbischen Politik: Oppositionspolitiker wie Vojislav Koštunica, Vuk Drašković und Zoran Djindjić rechtfertigten den Krieg in Bosnien-Herzegowina zur Verteidigung nationaler serbischer Interessen und kritisierten die Zugeständnisse im Friedensabkommen von Dayton.<sup>5</sup> Unter den oppositionellen Parteien trat nur Vesna Pešićs Bürgerallianz Serbiens konsequent für ein staatsbürgerliches Nationsverständnis ein.

Die wirtschaftliche Legitimationsgrundlage des Regimes wurde nicht dadurch erschüttert, daß sich marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsinteressen formierten, sondern vielmehr dadurch, daß sich die Versorgungs- und Beschäftigungsgarantie durch den paternalistischen Staat kaum noch aufrechterhalten läßt. Zehn Jahre SPS-Regime, Kriege und Krisen führten zu einer dramatischen Verschlechterung des Lebensstandards und einer chronischen Wirtschaftskrise: Die SRJ gehört jetzt zu den ärmsten Ländern der Welt. Das Pro-Kopf-Einkommen betrug nach Schätzungen von oppositionellen Ökonomen der „G 17“ Anfang 2000 nur noch 950 US-Dollar, nur geringfügig mehr als in Albanien.<sup>6</sup> Miloševićs Taktik des Legitimationserhalts richtete sich nach Ende der NATO-Angriffe darauf, eine Minimalversorgung der Bevölkerung im Winter zu gewährleisten. Der desolate Zustand der serbischen Industrie nach dem Kosovokrieg wurde vertuscht, und der wachsende Zustrom serbischer Flüchtlinge aus dem Kosovo wurde propagandistisch den Kosovo-Albanern und der UN-Verwaltung angelastet.

## **Gegeneliten und ihre gesellschaftliche Basis**

Die Machtkämpfe in Serbien lassen sich besser verstehen, wenn man den Blick über die tagespolitisch und taktisch motivierten Manöver einzelner Politiker hinaus auf die Eliten richtet und diese nach ihren Legitimationsmustern, Argumenten und politischen Ideen sowie bezüglich der gesellschaftlichen Gruppen unterscheidet, die sie (potentiell) für sich aktivieren können bzw. deren Interessen sie vertreten. Diese Vorgehensweise begründet sich dadurch, daß Parteien oder Interessenverbände in der serbischen Gesellschaft nur über kleine (Kern-) Gruppen von Mitgliedern verfügen, nicht aber über stabile, verpflichtungsfähige Anhängerschaften, die ihnen die Ablösung klientelistischer durch programmatische Orientierungen ermöglichen würden.<sup>7</sup> Organisationen und Personen-Konstellationen unterliegen dadurch einem turbulenteren Wandel als in den westlichen Demokratien. Der Begriff der Elite bzw. der in ihrer Regime-Gegnerschaft übereinstimmenden Gegeneliten zielt demgegenüber auf dauerhaftere politisch-gesellschaftliche Strukturen, die durch ihre

---

Rogers: *Nationalism Reframed. Nationhood and the National Question in the New Europe*. Cambridge 1996.

<sup>5</sup> Stojanović, Dubravka: Der traumatische Kreis der serbischen Opposition. In: Bremer, Thomas et al. (Hg.): *Serbiens Weg in den Krieg. Kollektive Erinnerung, nationale Formierung und ideologische Aufrüstung*, Berlin 1998, S. 379-389.

<sup>6</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.10.00.

<sup>7</sup> Vgl. zur Problematik der repräsentativen Konsolidierung: Merkel/Puhle (Anm. 1) S. 196-208.

ideologischen Orientierungen sowie durch die gesellschaftlichen Gruppen, die sie zu repräsentieren beanspruchen, bestimmt werden können.<sup>8</sup>

Die Erfahrungen der mittel- und osteuropäischen Länder bieten einen Anhaltspunkt bei der Beantwortung der Frage, welche (Bündnisse aus) Gegeneliten nach einem Machtwechsel reelle Chancen haben, sich in Serbien durchzusetzen. In den bisherigen Transformationsprozessen postsozialistischer Länder lassen sich drei Modelle der Demokratisierung erkennen:<sup>9</sup>

1. das ostmitteleuropäische Modell einer national-demokratischen Machtübernahme in einem Schritt (bzw. mit einer kürzeren Übergangsphase);
2. das „westliche“ Modell Südosteuropas: ein nationalistisches Regime, das (eventuell) in einem zweiten Schritt von einer national-demokratischen Opposition besiegt wird.
3. das „östliche“ Modell Südosteuropas: eine Demokratisierung in zwei Schritten mit Reformsozialisten, die mittelfristig von einer national-demokratischen Opposition abgelöst werden;

Das erste Modell erfordert eine gut etablierte Opposition, die sich nicht nur als National-, sondern auch als Demokratiebewegung definiert, eine größere Bevölkerungsgruppe mit Gewinnaussichten in der Marktwirtschaft sowie eine nationale Identität, in der pro-westliche Elemente nicht von nationalistisch-isolationistischen oder panslawistischen Diskursen überlagert werden. Auf dieser Grundlage konnten die Oppositionsbewegungen im Baltikum und in Ostmitteleuropa das alte Regime in einem Schritt oder jedenfalls nach kurzer Zeit ablösen und nach ihrem Regierungsantritt beschleunigte Wirtschaftsreformen einleiten. In Kroatien, Bosnien-Herzegowina und auch unter den (davon zu unterscheidenden) albanischen Ausgangsbedingungen gewannen zwar ebenso wie in Ostmitteleuropa die Gegeneliten die ersten demokratischen Wahlen, aber dies geschah auf dem Hintergrund einer wesentlich schwächeren zivilgesellschaftlich-bürgerlichen Basis. Die Tudjman-Bewegung und die Parteien der ethnischen Gruppen Bosnien-Herzegowinas sicherten sich eine Massenunterstützung, indem sie die nationale

---

<sup>8</sup> Zur Rolle und zur Bedeutung von (Gegen-) Eliten in Ostmitteleuropa vgl.: Fehr, Helmut: Von der "Solidarität" zum Kampf um die Macht. Elitenbildung und Intelligenz in Polen. *APuZ* 1998 8 S. 10-20; Srubar, Ilija: Elitenwandel in der Tschechischen Republik. *APuZ* 1998 8 S. 21-33; Bos, Ellen: Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transformationsprozessen. In: Merkel, Wolfgang (Hg.): *Systemwechsel I. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*, Opladen 1994. Die Dynamik von Eliten, sozialen Gruppen und Demokratisierungsprozessen ist ein klassisches Thema der vergleichenden historisch orientierten Makrosoziologie: Szelényi, Iván; Szonja Szelényi: Circulation or Reproduction of Elites during the Post-Communist Transformation in Eastern Europe. In: *Theory and Society* 1996 24 S. 615-638; Rueschemeyer, Dietrich; Evelyne Huber Stephens; John Stephens: *Capitalist Development and Democracy*. Cambridge, Oxford 1992; grundlegend: Moore, Barrington: *Social Origins of Dictatorship and Democracy: Lord and Peasant in the Making of the Modern World*. London 1967.

<sup>9</sup> Diese Aufteilung ist durch die Überlegungen von Diamandouros/Larrabee (Anm. 1) inspiriert, die einen zweistufigen Transformationsprozeß in Südosteuropa beobachten. Die folgenden Modelle sind natürlich idealtypische Konstruktionen, die die je individuellen Transformationspfade sowie Sonder-, Ausnahme- oder Hybridfälle wie die Slowakei (oder Bulgariens Dimitrov-Intermezzo) vernachlässigen. Vgl. für eine alternative Typisierung: Vachudová, Milada Anna; Tim Snyder: Are Transformations Transitory? Two Types of Political Change in Eastern Europe Since 1989. In: *East European Politics and Societies* 1996 11 S. 1-35.

Frage aufwarfen und ihre Machtübernahme als nationale Wiedergeburt interpretierten. Es entstanden „defekte“ oder „delegative“ Demokratien,<sup>10</sup> in denen grundlegende demokratische Rechte, Freiheiten und Prinzipien verletzt wurden, und in denen die nationale Mobilisierung zur Herrschaftssicherung diene. Erst die Ablösung der nationalistischen Staatsführer Franjo Tudjman und Sali Berisha brachte in Kroatien und Albanien einen qualitativen Wandel zur Demokratie, der allerdings vor allem in Albanien noch mit vielen Unwägbarkeiten belastet ist und in Bosnien trotz mancher Fortschritte noch weitgehend aussteht.

In Rumänien, Bulgarien, der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Makedonien und nicht zuletzt auch in Serbien waren die staatssozialistischen Regime mit deutlich schwächeren Gegeneliten und einer kleineren Gruppe potentieller Marktwirtschaftsgewinner konfrontiert als in Ostmitteleuropa. Die hier als „Reformsozialisten“ umschriebenen Parteifunktionäre, die die Führungsfiguren des alten Regimes ablösten, vermochten erfolgreich ihre professionelle Erfahrung hervorzuheben und die Ängste der Bevölkerung vor den Folgen einer radikalen Wirtschaftstransformation zu schüren, während sie zugleich den nationalen Diskurs in ihre politische Sprache aufnahmen. Erst nachdem ihre unschlüssige, halbherzige Wirtschaftspolitik – bzw. im Fall Serbiens vor allem auch die Kriegszerstörungen - die Wirtschaftskrise verschärft hatte und die Gegeneliten ihre politisch-organisatorische Basis ausgebaut hatten, konnten letztere die Reformsozialisten in Wahlen besiegen.

In jedem Modell fungieren nationale Bezüge als Legitimationsgrundlage in der Transformationsphase. Ein wesentlicher Unterschied besteht darin, ob nationale Rhetorik als zusätzliches Mobilisierungsargument für die Transformation eingesetzt wird (Modell 1), ob der Nationalismus zum Transformationsersatz wird (Modell 2) oder eine Politik des Reformverzichts flankiert (Modell 3).

In Serbien fehlen einerseits eine etablierte zivilgesellschaftliche Demokratiebewegung sowie optimistische Transformationserwartungen und –interessen bei der Bevölkerung, andererseits lassen sich ethnisch-historische Konfliktpotentiale und Transformationsängste zur Legitimierung eines Regimes mobilisieren. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Gegenelite(n) über ausreichende Ressourcen zur Konsolidierung der Demokratie verfügen.

---

<sup>10</sup> Vgl. zu diesen Begriffen: Merkel/Puhle (Anm. 1) sowie O'Donnell, Guillermo: Delegative Democracy. In: *Journal of Democracy* 1994 5.Jg. H.1 S. 55-70.

## Eliten, Legitimationsressourcen und gesellschaftliche Basis

Eliten	Legitimation	Gesellschaftliche Basis
Liberal-demokratische Opposition Radikale Nationalisten	Wirtschaftsreformen und Europa-Integration Nationalismus	Bildungsbürgertum, städtische Mittelschicht, Unternehmer Flüchtlinge, städtische Unterschicht
Gemäßigte Nationalisten	Nationalismus und graduelle Reformen	Bildungsbürgertum, Landbevölkerung, serbisch-orthodoxe Kirche
Reformsozialisten	graduelle Reformen und europäische Integration	Landbevölkerung, staatsabhängige Mittelschicht, Industriearbeiter
Militär und Polizei	Gewaltmonopol und Nationalismus	Beschäftigte im militärisch-industriellen Komplex

Die Dominanz des anti-westlichen serbischen Nationalismus und die Transformationshemmnisse führten dazu, daß die liberal-demokratische Opposition nicht über eine programmatisch mobilisierbare Massenbasis verfügte. Ihre gesellschaftliche Basis umfasste sowohl das urbane Bildungsbürgertum, das in der vorsozialistischen Zeit entstand und sein kulturelles wie soziales Kapital über die sozialistische Phase und nach 1989 erhalten konnte, als auch die in der sozialistischen sowie postsozialistischen Zeit gewachsene Mittelschicht, die aus höher qualifizierten Beschäftigten im staatlichen bzw. noch selbstverwalteten Sektor sowie aus den im Privatsektor (bzw. der Schattenwirtschaft) tätigen Unternehmern besteht. Diese Gruppen unterstützen eine – für sie vorteilhafte - marktwirtschaftliche Umstrukturierung der Volkswirtschaft und eine Öffnung nach Europa, ihr zahlenmäßiger Anteil an der serbischen Bevölkerung ist jedoch gering und ist infolge von Verarmung und Emigration sogar zurückgegangen.

Die Marginalität und gesellschaftliche Isolation der liberal-demokratischen Gegenelite kommt unter anderem darin zum Ausdruck, daß ihre Vertreter (Vesna Pesić, Zoran Djindjić) sich auf prinzipielle, fundamental-liberale Stellungnahmen konzentrierten, ohne in detaillierten Reformprogrammen konkrete, realistisch umsetzbare Lösungen für die obengenannten Aufgaben der Wirtschaftstransformation, der Reorganisation des serbischen Staates und der „serbischen Frage“ zu formulieren. Eine breitere gesellschaftliche Basis kann diese Gegenelite nur nach einer längeren Phase von Demokratisierung und wirtschaftlicher Öffnung erreichen.

Radikale Nationalisten wie Vojislav Šešelj oder Tomislav Nikolić basieren ihre aggressiv-nationalistische Mobilisierung vor allem auf ethnischen Haß, die Ereignisse der letzten 10 Jahre und „die Weltverschwörung gegen die serbische Opfernation“. Unterstützt werden die radikalen Nationalisten von den gesellschaftlichen Gruppen, die zu den Leidtragenden der Kriege und des wirtschaftlichen Niedergangs zählen: Sozial entwurzelte ethnisch-serbische Flüchtlinge, verarmte Mittelschichtangehörige ohne soziales oder kulturelles Kapital

und die wachsende städtische Unterschicht.<sup>11</sup> Ein weiterer Zerfall der SRJ bzw. Serbiens würde die Position der radikal-nationalistischen Gegenelite stärken. Ihre politischen Vertreter verbinden – Milošević rechts überholend - eine nationalistische Rhetorik mit Forderungen nach einem noch aggressiveren Vorgehen in Kosovo, Montenegro und Vojvodina. Zudem wollen sie die staatliche Kontrolle über die Wirtschaft aufrechterhalten und folgen damit dem unausgesprochenen Vorbild der SPS-Wirtschaftspolitik.

Die gemäßigten Nationalisten, zu denen der neue jugoslawische Präsident Koštunica, aber auch Vuk Drašković mit seiner Serbischen Erneuerungsbewegung zu rechnen sind, nehmen in mehrerer Hinsicht eine zweideutige Position ein. Ein wichtiger Grund dafür ist, daß nur ein Teil ihrer Anhängerschaft – ähnlich wie bei den Liberaldemokraten – dem Bildungsbürgertum entstammt. Ein anderer Teil rekrutiert sich – ähnlich wie bei der SPS – aus der gering qualifizierten, häufig älteren Landbevölkerung, die aufgrund von sozialer Situation, Alter, Bildung und wirtschaftlicher Ausgangslage von einer marktwirtschaftlichen Transformation nur Nachteile oder sogar eine Existenzbedrohung erwartet. Nur der Nationalismus vereint diese beiden Gruppen. Die Schwierigkeit, diese heterogene Klientel zu integrieren, bildete neben parteitaktischen Erwägungen einen Grund für die schwankende Politik der Drašković-Bewegung vor den jugoslawischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Sie lehnte es ab, sich der Koalition der Oppositionsparteien anzuschließen und auf einen eigenen Präsidentschaftskandidaten zu verzichten. Im Jahr 1999 trat sie in die von den Sozialisten geführte serbische Regierung ein und wählte in Kooperation mit den Sozialisten und den Radikalen den oppositionellen Bürgermeister Belgrads ab. Ein Arrangement mit der Milošević-Führung schloß sie nicht grundsätzlich aus – eine Haltung, die sich auch nach den Attentaten auf Drašković im Oktober 1999 und im Juni 2000 nicht grundlegend änderte.

In ihrer eher historisch geprägten Legitimation berufen sich die gemäßigten Nationalisten auf die royalistisch-nationalistische Tradition der *etniks* und der Karadjordjević-Dynastie, entsprechend scheint Koštunica auch ein Referendum zur Einführung einer konstitutionellen Monarchie zu erwägen.<sup>12</sup> Diese „zivilisatorische“ Nationalismusvariante scheint weniger tagespolitisch instrumentalisiert zu werden. Die gemäßigten Nationalisten sind nicht primär anti-westlich orientiert und streben keine gewaltsame Lösung der Serbischen Frage an.

Das Verhalten des Militärs und der Polizei stellte während des Umsturzes in Belgrad einen großen Unsicherheitsfaktor dar.<sup>13</sup> Nachdem einige hohe Militärs die Kriegsführung im Kosovo kritisiert hatten, führte Milošević Säuberungen in der Armeeführung durch und setzte ihm gegenüber loyale Generäle in Führungspositionen ein. Trotzdem waren weder die Militär-, noch die als Milošević-

---

<sup>11</sup> Vgl. zu dieser Bevölkerungsgruppe etwa die instruktive Milieustudie von Ivan *olović*: Fußball, Hooligans und Krieg. In: Bremer et al. (Anm. 5) S. 261-278.

<sup>12</sup> Vgl. a.: Radio Free Europe/Radio Liberty Newslines No. 196/II vom 10.10.00; Pavković, Aleksandar: Intellectual Dissidence and the Serb National Question. In: Pavković, Aleksandar et al. (Hg.): *Nationalism and Postcommunism. A Collection of Essays*, Aldershot etc. 1995, S. 121-140.

<sup>13</sup> Institute of War and Peace Reporting: Yugoslav Army Allegiance Waivers, *Balkan Crisis Report* No. 179 of 29 September 2000.

loyal eingestufte Polizeiführung bereit, zugunsten des Regimes einzugreifen. (Allerdings erkannten sie Koštunicas Wahlsieg erst nach offenbar heftigen und langdauernden inneren Auseinandersetzungen an.) Ähnlich wie bei den November-Demonstrationen in der Tschechischen Republik und der DDR im Jahr 1989 scheinen der schleichende Glaubwürdigkeitsverlust des Regimes und die Aushöhlung seiner politischen Legitimation den schlagartigen Zusammenbruch von Kontroll- und Gehorsamsmechanismen auf allen Ebenen des Sicherheitsapparat begünstigt zu haben.<sup>14</sup>

In mehreren südosteuropäischen Transformationsländern spielten reformsozialistische Funktionäre der alten staatssozialistischen Parteien, die bereits in der Perestrojka-Zeit in gehobener Funktion tätig waren und als vorsichtige Reformer galten, auch nach der Wende eine wichtige, allerdings ambivalente Rolle. Einige charismatische Persönlichkeiten wie der montenegrinische Präsident Milo Djukanovič, der moldawische Präsident Lucinschi oder der makedonische Präsident Kiro Gligorov konnten zweifellos zur Konsolidierung der Demokratie sowie zur gesellschaftlichen Integration und Konfliktprävention in ihren ethnisch heterogenen Ländern beitragen. Andererseits verfolgten viele reformsozialistische Regierungen eine etatistische, übervorsichtige Wirtschaftspolitik, die die Transformationsrezession verschärfte. Überdies blieb die Regierungspraxis mancher Reformsozialisten nicht frei von Versuchen, die Medienfreiheit einzuschränken, parlamentarisch-demokratische Prinzipien auszuhebeln und nationalistische Gefühle auszunutzen, wie sich am Beispiel des rumänischen Präsidenten Ion Iliescu illustrieren ließe. Insofern als Milošević die alte Führungsmannschaft der serbischen Kommunisten ablöste und sich formal zu weiteren marktwirtschaftlichen Reformen sowie zum Parteienpluralismus bekannte, gehört er sicherlich zu den Reformsozialisten. Zugleich repräsentierte er aber innerhalb der SPS ein Bündnis reformfeindlicher Kräfte und instrumentalisierte den serbischen Nationalismus mit weitaus destruktiveren Konsequenzen als dies in den Nachbarländern mit reformsozialistischen Regierungen geschah. Solange die obengenannten Stützen seiner Macht unangefochten waren, traten andere reformsozialistische Lager innerhalb der SPS nicht öffentlich in Erscheinung. Gegen Ende der Milošević-Ära wählten seine innerparteilichen Gegner den Rückzug aus der Parteiführung (z.B. Borisav Jović) oder den Weg in die Opposition wie die (abgesetzten) Generäle Vuk Obradović und Momšilo Perišić. Nach Milošević's Sturz ist damit zu rechnen, daß in der SPS eine reformsozialistische Erneuerung erfolgen wird.<sup>15</sup>

## **Strategische Aufgaben**

Jede dieser Elitengruppen wird auf Dauer gezwungen sein, für die eingangs genannten Aufgaben Lösungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen. Wie in der folgenden Übersicht schematisch dargestellt, geht es primär darum, das Verhältnis zu

---

<sup>14</sup> Jon Elster, Claus Offe und Ulrich Preuss weisen auf die gegenüber Lateinamerika zunächst überraschende Abwesenheit militärischer Interventionen in Osteuropa hin, Jugoslawien fungiert in ihrer Interpretation allerdings als Ausnahmefall (vgl. Elster, Jon; Claus Offe und Ulrich Preuss: *Institutional Design in Post-communist Societies: Rebuilding the Ship at Sea*. Cambridge New York 1998).

<sup>15</sup> Rüb, Matthias: Milošević's Partei will bald wieder an der Macht sein. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 11.10.00.

den ethnisch serbischen Minderheiten in Bosnien und Kroatien sowie die Organisation des serbisch-jugoslawischen Staates neu zu definieren, das Verhältnis zum Kosovo neu zu bestimmen, die Demokratie zu konsolidieren und die abgebrochene ökonomische Transformation fortzusetzen.

### Eliten und strategische Aufgaben

	Föderation	Serbische nationale Frage	Kosovo-Problem	Demokratie, Zivilgesellschaft	Wirtschaftstransformation,
<b>Liberal-demokratische Opposition</b>	Reform der Föderationsstruktur	Verzicht auf Grenzrevision; völkerrechtskonforme Unterstützung ethnischer Serben in Nachbarländern	Akzeptanz des Verlustes des Kosovo	Förderung und Institutionalisierung	Radikalreformen
<b>Radikale Nationalisten</b>	Zentralisierung	ethnisch homogenes Großserbien durch (ggf. gewaltsame) Grenzrevision	Kriegsdrohung gegen Kosovo	Staatskontrolle und Repression gegen Oppositionelle	Staatskontrolle statt Reformen
<b>Gemäßigte Nationalisten</b>	Zugeständnisse in der föderalen Kompetenzverteilung	Option auf friedliche Grenzrevision, Assoziierung ethnisch serbischer Gebiete erhalten	Beharren auf territorialer Integrität der SRJ und Serbiens	Demokratie als Gemeinschaft auf moralisch-traditionaler Wertbasis	Graduelle Reformen
<b>Reformsozialisten</b>	Reform der Föderationsstruktur	Verzicht auf Grenzrevision	Untergeordnete Bedeutung des Kosovo	Demokratie mit begrenzten Freiheitsrechten	Graduelle Reformen

Zu den strategischen Aufgaben der Wirtschaftspolitik, der Demokratisierung sowie der Bestimmung von Staat und Nation besteht kein gesellschaftlicher Konsens. Allerdings könnte ein Bündnis zwischen zwei Gegeneliten sich auf partielle Gemeinsamkeiten stützen und die Gegensätze überbrücken. Wenn man die Unterschiede in den politischen Ideen, den Lösungsansätzen zu den strategischen Aufgaben und der gesellschaftlichen Basis berücksichtigt, erscheinen vier verschiedene Bündnisse als realistische Optionen.

1. **Gemäßigte Nationalisten und liberal-demokratische Opposition:** In diesem „klassischen“, in der DOS verkörperten Bündnis würden die Demokraten die westliche Unterstützung sichern und eine pro-westliche ökonomische Reformpolitik gewährleisten, während die Nationalisten die Massenbasis einbringen würden. Die Erfahrungen mit dem Oppositionsbündnis Zajedno nach den Kommunalwahlen von 1996 und der Demonstrationenkampagne der letzten Monate haben sowohl die potentielle Stärke als auch die faktische Instabilität dieser Koalition gezeigt. Für die gemäßigten Nationalisten ist ein dauerhaftes, formales politisches Bündnis ein Risiko, da sie eine Position in der politischen

Mitte halten und ihre unterschiedlichen Wählerlager mit wechselnden Standpunkten integrieren müssen. Im Interesse der Reintegration in die internationale Staatengemeinschaft wird Jugoslawien auf ein die staatliche Einheit Bosnien-Herzegowinas infragestellendes Sonderverhältnis zur bosnischen Republika Srpska verzichten sowie einen ernsthaften Dialog mit den politischen Vertretern der Kosovo-Albaner aufnehmen müssen – Zugeständnisse, die vielen gemäßigten Nationalisten schwerfallen dürften: Solche Gesten würde sie massiven Angriffen aus allen Positionen der nach oben offenen Nationalismusskala Serbiens aussetzen.

2. Gemäßigte Nationalisten und Reformsozialisten: In diesem Bündnis wären komplementäre Anhängerschaften gegeben: Gemäßigte Nationalisten und Reformsozialisten würden zum Teil die gleichen sozialen Gruppen (Landbevölkerung und Mittelschicht) mobilisieren und ihre unterschiedlichen politischen Grundideen, nämlich den serbischen nationalen Weg einerseits, die der sozialverträglichen Transformation andererseits, in Übereinstimmung zu bringen versuchen. Anknüpfungspunkte für dieses Bündnis bestehen bereits insofern, als die DOS-Vertreter während des Wahlkampfes mit dem montenegrinischen Reformsozialisten Milo Djukanovi kooperierten und nach den Wahlen die Unterstützung der montenegrinischen Sozialistischen Volkspartei (SNP) benötigen, um eine Regierung auf Bundesebene bilden zu können. Unterschiedliche Prioritäten in der Kosovo-Frage oder bei der Neugestaltung der Föderation einerseits, mangelnder wirtschaftspolitischer Spielraum für eine graduelle Transformation andererseits, könnten das Bündnis in Gefahr bringen.
3. Militär und radikale Nationalisten: Dieses Bündnis würde weiterhin Krisen, Konflikte und Kriege als Ersatz für Demokratisierung und Wirtschaftstransformation einsetzen, was jedoch nicht zu Erfolgen, sondern zu einer langfristigen Isolierung Serbiens und zum weiteren Zerfall der Föderation führen würde. Die Niederlage Šešeljs und die politische Zurückhaltung des Militärs bei den Wahlen macht ein solches Bündnis jedoch unwahrscheinlich.
4. Liberal-demokratische Opposition und Reformsozialisten: Ein solches Bündnis könnte sich auf einen gemäßigten, pro-westlichen Reformkurs einigen, der den Abschied vom Primat des Nationalismus in der Politik einleiten und die serbische nationale Frage im Kontext der europäischen Integration und nachbarschaftlichen Kooperation beantworten. Allerdings setzt es eine innere Selbsterneuerung der SPS voraus, ähnlich dem Reorganisationsprozeß, den auch andere ex-kommunistische Parteien in Mittel- und Osteuropa durchlaufen haben. Solange dies nicht geschehen ist, dürfte weder eine breite Bevölkerungsbasis dafür noch eine Kooperationsbereitschaft auf Seiten der liberal-demokratischen Elite existieren. Das Tempo der Wirtschaftsreformen wäre eine dauerhafte Streitfrage des Bündnisses.

## **Fazit**

Wenn man von den Gegeneliten ausgeht, ihre jeweilige gesellschaftliche Basis, den nationalistischen Konsens und die widrigen Umstände der Wirtschaftstransformation berücksichtigt, so wird verständlich, warum der Systemwechsel in Serbien ebenso

wie in anderen südosteuropäischen Ländern in zwei Schritten erfolgte. Mit dem Wahlsieg Koštunicas und dem Sturz des Milošević-Regimes hat Serbien zehn Jahre nach der Einführung des Mehrparteiensystems und den ersten freien Wahlen den zweiten Schritt bewältigt. Allerdings sind auch die am 24.9. und am 5.10. siegreichen Eliten, wie dieser Artikel verdeutlichen wollte, eingebettet in Traditionen, ideologisch verfestigte Wahrnehmungsmuster, Milieus und andere gesellschaftliche Gruppenbindungen, die ihre politischen Handlungsspielräume vorgeben und beschränken. Dennoch können Elitenbündnisse, die eine gemäßigte, konsensuelle Reformpolitik oder einen gemäßigten Nationalismus vertreten, eine Brücke zwischen dem kriegerischen Nationalismus und der Öffnung zu Europa, zwischen Reformforderungen und Transformationsängsten bilden. Erst nach einer längeren Phase der wirtschaftlichen und nationalen Konsolidierung können dann konventionelle Organisationen der Interessenrepräsentation mit breiteren, programmatisch mobilisierten Anhängerschaften entstehen.

Insgesamt weisen die bisherigen Transformationserfahrungen der südosteuropäischen Region, die besondere serbische Staats- und Nationsproblematik und die spezifischen sozial- und wirtschaftsstrukturellen Ausgangsbedingungen der Transformation darauf hin, daß westliche Akteure auch in der neuen politischen Konstellation Serbiens keinen direkten, reibungs- und krümmungsfreien Weg zu einer konsolidierten Demokratie vorfinden werden.<sup>16</sup> Sie werden in ihrer Politik weiterhin zwischen der Einforderung moralisch-politischer Prinzipien, der Unterstützung des demokratischen Wandels in Serbien und der SRJ sowie den regionalen Stabilitäts- und Sicherheitsaspekten lavieren müssen.

---

<sup>16</sup> Vgl. a. Moore, Patrick: No Easy Solution in Serbia. In: *Radio Free Europe/ Radio Liberty Newslines* vom 22.9.00.